

p.B.15.21.Au. - KF/zu

STRENG VERTRAULICHP r o t o k o l l

der schweizerisch-österreichischen Arbeitssitzungen
anlässlich des Besuches von Bundesminister Dr.Kurt Waldheim
vom 26.April 1968

Teilnehmer:

Oesterreichische Seite: Herr Dr. Kurt Waldheim, Bundesminister für
auswärtige Angelegenheiten
Herr Botschafter Heinrich Haymerle, Leiter
der Politischen Sektion, Bundesministe-
rium für auswärtige Angelegenheiten
Herr Dr. Erich Bielka-Karltreu, österrei-
chischer Botschafter in Bern
Herr Botschaftsrat Wolfgang Schallenberg

Schweizerische Seite: Herr Bundespräsident Spühler
Herr Generalsekretär Micheli
Herr Botschafter Thalman
Herr Botschafter Escher
Herr Minister Bindschedler
Herr Dr. Miesch
Herr Dr. Kaufmann (Protokoll)

An der Sitzung um 16.45h
nehmen schweizerischer-
seits zusätzlich teil: Herr Botschafter Jolles
Herr Dr. Iselin



- 2 -

1. Sitzung; Beginn 10.30 Uhr

Herr Spühler eröffnet das Gespräch und begrüsst die Besucher. Er dankt dem Herrn Bundesminister, dass er der Einladung zu gemeinsamen Gesprächen über beidseitig interessierende Fragen Folge geleistet hat und unterbreitet eine Liste möglicher Gesprächsthemen.

Herr Waldheim dankt seinerseits für die Gelegenheit zur gemeinsamen Aussprache, die nun bereits Tradition geworden ist. Er ist einverstanden mit den vorgeschlagenen Gesprächsthemen: Vormittags allgemeiner aussenpolitischer Tour d'horizon, nachmittags Probleme der Integration und Bilaterales.

Herr Micheli schlägt vor, das Rhodesienproblem nicht schon am Vormittag, sondern erst am Nachmittag zu besprechen, da auch Herr Botschafter Jolles daran interessiert ist.

Herr Spühler beginnt den allgemeinen aussenpolitischen Ueberblick mit einem kurzen Hinweis auf die schweizerischen Kontakte zu Hanoi. Wir gingen davon aus, dass solche Kontakte nötig seien, um unsere guten Dienste nahezulegen, nicht aber, um Vermittlungsvorschläge zu unterbreiten. Wir suchten die einmal hergestellten Kontakte zu untermauern durch eine irgendwie geartete "Akkreditierung" Botschafter Rossettis in Hanoi; wir prüften die Möglichkeit einer ähnlichen Lösung, wie sie zwischen Hanoi und Paris existiert, doch stellte sich dies als undurchführbar heraus, weil bei uns - anders als in Frankreich -, "Staatspräsident" und "Ministerpräsident" identisch sind. Als anschliessend an den Besuch von Herrn Rossetti in Hanoi, wo er als "Vertreter des EPD beim Aussenministerium der DRVN" habilitiert wurde, Herr Mai Van Bo uns in Bern besuchte, verzichtete Hanoi seinerseits auf seine "Akkreditierung" als Vertreter des Aussenministeriums (dennoch bestehen nun in beiden Richtungen Kontakte und die Möglichkeit jederzeitigen Zutritts.). Hanoi gab zu verstehen, es wünsche vielmehr volle diplomatische Beziehungen, was wir vorläufig ablehnten, weil wir die Zeit dafür als noch nicht reif erachten. Wir schliessen diese Möglichkeit für die Zukunft keineswegs aus, doch zieht die Frage einer Anerkennung Hanois wohl die Frage nach der Anerkennung anderer geteilter Staaten nach sich. - Auf alle Fälle erhielten wir den Eindruck, dass in Hanoi keine Abneigung gegen Genf besteht, dass aber - aus uns unbekanntem Gründen - für die "Vorgespräche" ein anderer Ort gewählt werden könnte.

Herr Waldheim: Wir machten ganz ähnliche Erfahrungen in unseren eben aufgenommenen Kontakten zu Nordvietnam. Die Initiative ging dabei nicht von uns aus, sondern ich wurde vom ungarischen Botschafter in Wien angefragt, ob ich den nordvietnamesischen Botschafter in Budapest empfangen könne, um einige Fragen zu

diskutieren. Die Aussprache erstreckte sich auf die Situation in Vietnam, wie Hanoi sie sieht, und brachte nichts Neues. Wesentlich neu war lediglich die Feststellung, dass Hanoi sich nie verbindlich geäußert habe zu einer Frist, innerhalb welcher, nach Einstellung der Bombardierungen, Verhandlungen beginnen könnten; indessen sei Hanoi unverzüglich zu Verhandlungen bereit, sobald die Bombardierungen und andern Kampfhandlungen "erwiesenermassen" eingestellt seien. (Inzwischen hat sich ja die Situation etwas verändert.) - Unsererseits wiesen wir auf unser Interesse an einer raschen Beendigung des Konfliktes hin. - Als zweiten Punkt griff mein Besucher die Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf, wobei er betonte, eine solche sei mit einer ganzen Reihe von Staaten geplant. Ich verhielt mich zurückhaltend-rezeptiv und wies darauf hin, dass hierfür der Ministerrat zuständig sei. Der Botschafter ripostierte, dann könnten wir wenigstens die Wirtschaftsbeziehungen vertiefen, und wollte den Präsidenten der Wirtschaftskammer treffen. Dies geschah, wobei er die Errichtung einer Handelsvertretung anregte; der Präsident der Kammer zeigte sich reserviert, unter Hinweis auf das geringe bilaterale Handelsvolumen. - Es wurde schliesslich vereinbart, unsere Kontakte über unsere Botschaften in Budapest weiterzuführen, was seither, in Gesprächen bei verschiedenen Anlässen, geschehen ist, ohne dass sich wesentlich Neues ergeben hätte. - Als Präsident Johnson die zehn zusätzlichen Vorschläge für Verhandlungsorte machte, liessen wir den Botschafter Hanois wissen, dass auch Wien zur Verfügung stehe, falls dies gewünscht werde. In seiner unverbindlichen Antwort gab er zu verstehen, dass Hanoi die Vorgespräche in einem Land abhalten möchte, mit dem es diplomatische Beziehungen unterhält.

Herr Spühler: Könnten Sie uns bitte Ihre Eindrücke aus Washington, Tokio und Moskau berichten?

Herr Waldheim: Der Besuch in Washington erfolgte, als die Frage von Vietnamverhandlungen gerade sehr akut war. Johnson kam eben von Camp David zurück. Er zeigte sich gegenüber Bundeskanzler Kläus recht skeptisch und meinte, obschon die USA alles für das Zustandekommen von Verhandlungen tun sollten, seien die Hoffnungen doch sehr gering. Er tippte auf einen asiatischen Verhandlungsort und glaubte, dass die Verhandlungen zäh sein würden, auch wenn man sich einmal auf einen Ort geeinigt habe. Wir stimmten dem zu, weil ja die beiden Standpunkte einander diametral entgegengesetzt sind. (Wir möchten zudem nicht ausschliessen, dass Hanoi die Verhandlungen bis nach den amerikanischen Wahlen hinauszögert, um so über ein Pressionsmittel zu verfügen.)

In Tokio ergaben die Gespräche nichts Neues zur Vietnamfrage. Japan scheint sehr an einer raschen Beendigung des Konfliktes interessiert, und zwar weil es wegen der eigenen Vulnerabilität mit Bezug auf die für die Versorgung Japans

- 4 -

lebenswichtigen Schifffahrtsrouten einer Ausweitung des Krieges unbedingt vorbeugen möchte. - Wir glaubten, in Tokio gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Aussenminister diagnostizieren zu können: der Ministerpräsident scheint einen rein amerikanischen, antikommunistischen Kurs weiterverfolgen zu wollen, während der Aussenminister eher ein Abrücken von dieser Linie, verbunden mit einer gewissen Oeffnung nach links, befürwortet. Es war in diesem Zusammenhang interessant, dass die Japaner bei jeder Gelegenheit auf unsere Neutralität zu sprechen kamen, wie sie sich bewährt habe, wie sie sich mit Aufrüstung und Verteidigung vereinbaren lasse; wir antworteten unter Hinweis auf unsere positiven Erfahrungen. Soweit wir erfahren konnten, liegt der Grund dafür gerade in diesen Meinungsverschiedenheiten; aus der Ansicht heraus, dass eine zu enge Bindung an die USA Schwierigkeiten mit einem grossen Teil der geographischen Nachbarn Japans bringe, befasst man sich mit der Frage eines neutraleren Kurses der japanischen Aussenpolitik. Ich glaube nicht, dass man in Tokio an eine "immerwährende Neutralität" denkt, sondern eher an eine Neutralität wie die Schwedens oder Finnlands. - Zum Vietnamproblem haben die Japaner noch die Idee ventiliert, ob man nicht UN-Friedenstruppen in Vietnam einsetzen könnte, um allfällige Abmachungen der Parteien zu garantieren. Wir erwiderten, dass dies schwer durchführbar sein dürfte, da Hanoi ja die UN ablehne. - Die Japaner glauben - und wir stimmen damit überein -, dass die grundsätzliche Bereitschaftserklärung beider Parteien für Verhandlungen nun keinen Weg zurück zum status quo ante offen lasse; ob man sich dann allerdings über die Substanz eigentlicher Verhandlungen einigen könne, sei eine andere Frage.

Der Besuch in Moskau erfolgte einige Wochen vor jenem bei Johnson. Der sowjetische Standpunkt war, wie bekannt, radikal gegen die USA. Wir gewannen trotzdem den Eindruck eines sowjetischen Interesses an der Beendigung des Krieges. Sie drängten auf Aufnahme eines Passus ins gemeinsame Schlusscommuniqué, in dem die USA zur Einstellung der Bombardierungen aufgefordert wurden; wir lehnten ab, unter Hinweis auf unsere Neutralitätspolitik. Das scheinen die Russen verstanden zu haben, jedenfalls insistierten sie dann nicht mehr. Auf unsern Vorschlag nahmen sie einen Passus auf, wonach die Genfer Konferenz die Basis für eine Regelung bilden sollte; dagegen wollten sie keinen beiderseitigen Appell zur Beilegung des Konfliktes. - Aus Sorge vor der chinesischen Reaktion halten die Russen öffentliche Verlautbarungen ihres Interesses an der Beilegung des Konfliktes zurück; nach dem Vorschlag Johnsons reagierten sie zunächst nicht, erst als Hanoi antwortete, kommentierten auch sie.

Herr Spühler: Führen Sie dies auf mangelnde Information Moskaus zurück?

Herr Waldheim: Tatsächlich scheint hier weder mit Moskau noch mit Peking eine Koordination erfolgt zu sein, was auf eine gewisse

Unabhängigkeit Hanois weist (dieser Eindruck herrschte auch in Washington und Tokio). Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich Hanoi, unter dem Eindruck der Opfer, die ihm der Krieg zweifellos auferlegt, sagt, dass es so nicht weitergehen könne, und deshalb verhandlungswilliger ist als vor zwei Jahren.

Herr Spühler: Auch wir gewannen aus den Ausführungen Mai Van Bos den Eindruck einer gewissen Unabhängigkeit Hanois vor allem gegenüber Peking. - Es scheint in Ostasien allgemein eine Tendenz zur Neutralität zu bestehen (wie man sie dort versteht), und zwar sowohl gegenüber China wie gegenüber der UdSSR und gegenüber den USA. Diese Entwicklung lässt sich ja auch in Europa verfolgen.

Herr Waldheim: Ich glaube, dass diese Beurteilung zutrifft.

Herr Micheli: Der Bericht über den Besuch des nordvietnamesischen Botschafters bei Ihnen bestätigt unseren Eindruck, dass Hanoi mit den Besuchen in Stockholm, Rom, bei Ihnen und bei uns einen allgemeinen Plan verfolgt; Hanoi sucht weniger die Leistung guter Dienste, als vielmehr moralische Unterstützung für seine eigenen Thesen, und vor allem eine Stärkung durch die Anerkennung seitens westlicher Staaten. - Was eine allfällige Neutralität Japans betrifft, so bezweifle ich, dass Tokio ernsthaft an einen solchen aussenpolitischen Kurs denkt, da Japan traditionell expansionistisch ja geradezu "imperialistisch" ist. Ich sehe eher die Möglichkeit, dass Japan sich von den USA löst, um gelegentlich in Asien die Rolle einer autonomen Grossmacht zu spielen.

Herr Waldheim: Auch wir hatten den Eindruck, dass der nordvietnamesische Besuch bei uns Teil eines allgemeinen Planes Hanois bildete, eine Oeffnung nach Westen zu schaffen. Dem Botschafter lag sichtlich mehr am Besuch als solchen als an der Darlegung der Politik Hanois. Immer wieder kam er auf bilaterale Verhältnisse zurück.

Herr Haymerle: Man könnte das "psychologische Kriegführung" nennen; in der gleichen Linie liegt ja der gegenwärtige Besuch des nordvietnamesischen Botschafters auf Kuba in Mexiko.

Herr Waldheim: Was Japan betrifft, so bin auch ich skeptisch, aber die Tendenz, von der ich sprach, ist heute deutlich feststellbar, und für uns Neutrale scheint mir dies interessant. Die Japaner leiden offensichtlich darunter, dass ihnen heute die Anlehnung an die USA jede Möglichkeit einer eigenen Politik gegenüber den kommunistischen Nachbarn nimmt. Eine gewisse Loslösung von den USA in Richtung auf grössere aussenpolitische Flexibilität scheint mir durchaus möglich.

Herr Spühler: Ich bin überzeugt, dass Ihre Argumentation richtig ist. Die Suche nach "Neutralität" ist ein Mittel, um sich von der bisherigen Abhängigkeit zu lösen, ein Durchgangsstadium auf dem Wege zu einer grösseren unabhängigen, eigenen Macht.

Herr Waldheim: Was den Nahen Osten betrifft, so waren die entsprechenden Eindrücke in Moskau und Washington entmutigend. An beiden Orten zweifelt man an den Erfolgsaussichten Jarrings. In Moskau hiess es, Israel habe Jarring nicht nur nicht unterstützt, sondern obstruiert, und man werde daraus die Konsequenzen ziehen. (Man wollte aber nicht erläutern, worin diese Konsequenzen bestehen.) Jedenfalls richtet Moskau seine Nahost-Politik schon jetzt darauf aus, dass die Krise keine Lösung finden wird. - Washington war nicht so dezidiert negativ, aber man erwartet ebenfalls keine Lösung und rechnet mit weiteren unangenehmen Auseinandersetzungen, wahrscheinlich auch in den UN. - Auch die Japaner waren skeptisch für die Zukunft.

Herr Spühler: Die Japaner sind also ebenfalls am Nahen Osten interessiert?

Herr Waldheim: Bestimmt; dasselbe gilt für die europäische Sicherheitskonferenz. Sie sind der Ansicht, dass die Welt klein geworden ist und dass eine Krise irgendwo auf der Welt auch Japan und seine Interessen - vor allem eben die Versorgungswege - in Mitleidenschaft ziehen muss.

Herr Thalmann: Leider hat sich meine Prognose bewahrheitet, die ich nach Abschluss meiner UN-Mission in Jerusalem machte, dass ein Beauftragter U Thants keine grossen Chancen bei der Beilegung des Konfliktes haben werde. Hätte er wenigstens den Suezkanal freimachen können, sähe es vielleicht anders aus. Zu denken gibt die wachsende Ablehnung der UN seitens Israels, obschon man diesen Standpunkt natürlich auch verstehen muss: die UN sind in den letzten 20 Jahren Israel nicht eben viel beigestanden. - Eine Lösung dürfte erst möglich sein, wenn die Grossmächte zu einer tatsächlichen Parallelität ihrer Politik gelangen; direkte Gespräche oder Vermittlung zwischen Israel und Arabern scheinen mir wenig aussichtsreich.

Herr Waldheim: Auch wir haben den Eindruck, dass sich bei den UN-Mitgliedern - gerade bei westlichen - eine Art Unbehagen abzeichnet, weil Israel den Bogen überspannt. Auch die USA sind über das radikale Vorgehen Israels beunruhigt, wo doch gerade jetzt Zurückhaltung klüger wäre. Das könnte sich in künftigen UN-Debatten auswirken.

Herr Spühler: Wahrscheinlich ist die israelische Haltung nicht rein politisch zu erklären; es kommt dazu auch eine gewisse Isolierung, aber auch gewisse Charaktereigenschaften (wenn man diese auch nicht so drastisch zu definieren braucht, wie De Gaulle).

Gehen wir nun über zu europäischen Fragen. -

In der Frage der Sicherheitskonferenz ist man von keiner Seite an die Schweiz herantreten; doch spüren wir aus Berichten unserer Botschaften, dass das Problem wieder aktuell wird. Wir nahmen bisher den Standpunkt ein, dass wir als neutraler Staat an einer solchen Konferenz teilnehmen können, sofern sie um-

fassend ist, d.h. wenn alle interessierten Staaten, inklusive die USA, teilnehmen. Aber wir haben keine Anhaltspunkte, dass gegenwärtig ernsthaft an der Vorbereitung einer solchen Konferenz gearbeitet wird. Dagegen erreichen uns aus Belgrad Berichte über einen Plan Titos für eine Konferenz blockfreier Staaten.

Herr Waldheim: Wien wurde sowohl in der Frage der Sicherheitskonferenz wie jener des Treffens in Belgrad angegangen. - Ueber die Sicherheitskonferenz wurden wir in Moskau sehr intensiv angesprochen. Es bestehen darüber ja schon seit längerer Zeit Kontakte zwischen Moskau und Wien; wir versuchen dabei, das Schwergewicht von der Sicherheitskonferenz weg auf die gesamt-europäische Zusammenarbeit zu verlegen, mit dem Argument, dass eine solche Zusammenarbeit dann das Gespräch über eine Sicherheitskonferenz erleichtere. Die Russen, nach erster positiver Reaktion, haben sich dann eher reserviert verhalten, und bei meinem Besuch wichen sie deutlich aus, befürworteten aber die rasche Einberufung einer Sicherheitskonferenz. Der Grund dafür liegt in der tiefen Sorge über die Möglichkeit einer Ausweitung des Wirtschafts- bzw. militärischen Potentials der Bundesrepublik, wobei sie ihre Sorge mit grosser Tiefe und Schärfe zum Ausdruck brachten. Der einzige Weg, um diese Gefahr zu bannen, liege in einer Sicherheitskonferenz unter Einschluss der deutschen Frage. Sowjetischerseits wird man alles daran setzen, um eine solche Konferenz zustandezubringen. Wir stellten uns auf den Standpunkt, dass wir zwar deren Bedeutung durchaus anerkennen, aber glauben, dass sie gründlich vorbereitet sein und allen interessierten Staaten offen stehen müsse; insbesondere haben wir auch das amerikanische Interesse erwähnt, als Signatarstaat der Potsdamer Abkommen an einer Sicherheitskonferenz teilzunehmen; das wurde von den Russen durchaus akzeptiert. - Die "gründliche Vorbereitung" ist eine Vorsichtsmassnahme: denn sie impliziert Einigung betreffs der Teilnehmerliste (USA, DDR?), und damit wäre eine grundlegende Schwierigkeit schon eliminiert (offenbar werden sich die Russen nicht gegen eine Teilnahme der USA wenden, wollen aber dafür die Teilnahme der DDR einhandeln); falls eine solche Einigung nicht zustandekommt, dann wird es auch nicht zu einer Konferenz kommen, oder dann bloss zu einer Rumpfkonzferenz ohne repräsentative Bedeutung. Die Teilnahme der USA begründen wir mit dem Argument, dass diese bei der Gestaltung des heutigen Europas mitwirkten und deshalb auch mitreden sollten bei dessen künftiger Gestaltung. - Auch Washington interessiert sich für diese Konferenz und ist mit unserer Argumentation sehr einverstanden. Obschon die Russen das offenbar gerne hätten, werden wir doch unsererseits keine Initiative ergreifen, sondern abwarten, was Moskau tut; falls eine Initiative von dort kommt, ergibt sich für uns die Frage, wie weit wir uns in die Vorbereitungen einschalten wollen. - Uebrigens interessierte man sich, wie gesagt, auch in Tokio für die Sicherheitskonferenz. - Sowohl in Washington wie in Tokio verfolgt man aufmerksam die Entwicklung in Osteuropa. Unsererseits interpretieren wir diese Entwicklung wie folgt: Es handelt sich um einen durchaus positiven Aspekt, der nicht auf die

Tschechoslowakei allein beschränkt bleiben wird. Andererseits darf man die Entwicklung auch nicht überschätzen; eine enge Zusammenarbeit mit Moskau wird weiter bestehen. Dubcek ist kein Nagy. Es geht um Liberalisierung und Hebung des Lebensstandards im Innern, wogegen sich in der Aussenpolitik nicht viel ändern wird (vorausgesetzt, dass die Entwicklung nicht davonläuft). - Gerade hier liegt übrigens ein Unterschied zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien: Bukarest verfolgt im Innern weiterhin eine starre Linie auf niedrigem Lebensstandard, während es sich in der Aussenpolitik weitgehend von Moskau gelöst hat. - Aus bisherigen tschechischen Verlautbarungen glauben wir für unser bilaterales Verhältnis eine gute Prognose stellen zu können. Anlässlich meines Durchgangsaufenthaltes in Prag erklärte man mir u.a., die Normalisierung der Beziehungen zu Oesterreich gehöre zu den Hauptanliegen Prags; man möchte in diesem Sinne auch die Vermögensfrage regeln, bat aber um Geduld, da dieses Postulat in der Tschechoslowakei, wegen der damit verbundenen Leistungen, unpopulär sei. Vorläufig sollten die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen intensiviert werden. - Wir sind bereit, das Unsere in diesem Zusammenhang zu tun. Ich musste aber die Tschechen darauf aufmerksam machen, dass bei uns gerade die Vermögensfrage akut sei, und dass wir nicht sehr weit gehen könnten, bevor nicht die Tschechen durch eine Geste bewiesen hätten dass es ihnen mit einer Lösung dieser Frage ernst sei.

Herr Spühler: Unsere Auffassungen über die Bedingungen für ein Zustandekommen der Sicherheitskonferenz decken sich völlig. Der russische Druck auf Sie ist besonders gross, weil Moskau in Ihnen, wegen Ihres Verhältnisses zu Moskau, einen besonders geeigneten Katalysator sieht. Bei uns ist ein solcher Druck nicht feststellbar. Aus Ihren Ausführungen sehe ich, dass, entgegen unserer bisherigen Meinung, den Russen weiterhin sehr an einer solchen Konferenz gelegen ist.

Herr Bindschedler: Die Idee einer Sicherheitskonferenz tauchte schon 1954 in einer sowjetischen Note an alle europäischen Staaten auf; wir antworteten damals schriftlich in folgendem Sinne: die Lösung der Kriegsprobleme (Deutschlandfrage) sei Sache der ehemaligen Kriegführenden, und neutrale Staaten hätten dazu nichts zu sagen; im übrigen sei Voraussetzung für die Teilnahme eines Neutralen, dass an einer solchen Konferenz alle potentiellen Konfliktparteien teilnehmen. Diese Stellungnahme dürfte auch für eine heutige Einladung noch gültig sein. Falls die Sowjetunion teilnimmt, müssen auch die USA teilnehmen, sonst besteht a priori ein Ungleichgewicht. Uns Neutralen wird aber in erster Linie die Frage unseres Verhaltens gegenüber allfälligen Resultaten einer Sicherheitskonferenz Sorgen bereiten: falls ein System der kollektiven Sicherheit instituiert würde - ähnlich etwa wie Locarno -, dann käme eine Beteiligung der Neutralen nicht in Frage; dasselbe gälte für einseitige Abrüstungsmassnahmen der westlichen Staaten. Anders hingegen wäre es, wenn es zu einem System der obligatorischen Beilegung von Streitigkeiten käme. -

Herr Spühler: Mit der Einladung zur Konferenz würde ja auch schon bis zu einem gewissen Grade ihr Charakter sichtbar; denn die Vorbereitung hätte ja auch die Traktandenliste abzuklären.

Herr Waldheim: Auch wir sind der Auffassung, dass die Vorbereitung nicht nur der Frage der Teilnahme, sondern auch die der Agenda zu behandeln hat. Es sollte sich deshalb schon in diesem Stadium abzeichnen, ob eine Einigung möglich ist. Ich hatte persönlich den Eindruck, dass die Russen gegenwärtig sondieren, auf welchen Erfolg ein formeller Vorstoss zugunsten einer Sicherheitskonferenz hoffen könnte; sie sind sich klar darüber, dass im Westen keine grosse Begeisterung dafür herrscht, weshalb sie nun gerade im Westen Bundesgenossen suchen, und da bietet sich ihnen eben in erster Linie Wien an. Es spielt da auch noch die Besorgnis mit, eine Ausweitung des Potentials der BRD könnte auch Oesterreich in den Sog ziehen.

Herr Haymerle: Die Russen wissen, dass die Voraussetzungen für eine solche Konferenz noch nicht bestehen. Sie versuchen, die Idee dieser Konferenz allmählich im europäischen Bewusstsein zu verankern: der Topus taucht in allen gemeinsamen Communiqués anlässlich westlicher Besuche bei osteuropäischen Regierungen auf. Es handelt sich um ein langfristiges sowjetisches Konzept.

Herr Spühler: Ist Ihrer Ansicht nach der Plan einer Belgrader Konferenz ein taktischer Umweg in Richtung einer Sicherheitskonferenz?

Herr Waldheim: Im Gegenteil. Moskau sieht im Vorgehen Titos eher eine Konkurrenz. Gromyko sprach mir gegenüber in leicht süffisanten und keineswegs enthusiastischem Ton von dieser Initiative: es handle sich da offenbar wieder um den "Block der Blockfreien"; man frage sich in Moskau, ob es wirklich nützlich sei, wenn sich auch die Blockfreien in einem Block zusammenschliessen. - Wahrscheinlich will Tito mit dieser Konferenz in erster Linie wieder seine eigene Position in den Vordergrund rücken, nachdem es um die Blockfreien in letzter Zeit eher still geworden ist. - Wir haben vorläufig die Einladung einfach bestätigt und darauf hingewiesen, dass es Sache der Bundesregierung sei, darauf zu antworten; wir glauben nicht, dass wir teilnehmen werden, höchstens durch Beobachter.

Herr Spühler: Wir haben noch keine Einladung erhalten, hingegen erfolgten Andeutungen seitens des Aussenministeriums in Belgrad gegenüber unserem Botschafter.

Herr Micheli: Der pakistanische Botschafter in Bern hat mir seinen Besuch in dieser Sache angekündigt; offensichtlich bedient man sich uns gegenüber eines "Mittelsmannes".

Herr Spühler: Ihre Ausführungen über die Entwicklung in den Oststaaten haben mich sehr interessiert. Es fragt sich, ob und wie weit der Westen diese Entwicklung fördern kann. Dass die

Tschechoslowakei sich aussenpolitisch weiterhin eng an Moskau anlehnt, ist taktisch geschickt; in diesem einen Fall ist für Moskau die aussenpolitische Linie wichtiger als die innenpolitische, und so kann Prag im Innern liberalisieren. Kann der Westen hier etwas beitragen? Es war dies immer ein besonderes Anliegen Oesterreichs; wie weit könnte auch der Europarat, wie weit könnten neutrale Länder eine Rolle spielen? Falls die Tschechoslowakei je vermehrte Kontakte im Westen sucht, dann doch sicher in erster Linie bei jenen, die nicht engagiert sind.

Herr Waldheim: Ein Anlehnungsbedürfnis an westliche Neutrale besteht zweifellos, denn bei solchen Kontakten kann Moskau keinen Einspruch erheben. Das bringt mich übrigens auf den "Neunerclub": anfänglich reagierten die Russen in New York, als wir ihnen die im Rahmen des Neunerclubs geplanten Ost-West-Kontakte darlegten, positiv; dann aber leisteten Bulgarien und Ungarn systematische Obstruktion gegen alle Versuche, dem Neunerclub Leben einzuflößen; sie waren sogar gegen ein Protokoll der ersten, grundlegenden Ministerkonferenz. Sie sagten, das würde den Eindruck einer Institution erwecken, was ja nicht bezweckt sei. Hinter allem steckte zweifellos Moskau, das befürchtete, Kontakte zwischen NATO-Staaten, Neutralen und Oststaaten könnten den Zusammenhang im Osten schwächen. - Aber für die Neutralen allein bestehen hier sicher Möglichkeiten; wir haben z.B. das Fernsehen, das von den Tschechen empfangen werden kann. Wichtig ist, dass nicht der Eindruck von Propaganda entsteht.

Herr Haymerle: Gerade deshalb dürfte der Europarat hier ungeeignet sein; sucht er sich einzuschalten, schafft er Misstrauen, das der Sache nicht förderlich ist.

Herr Spühler: Auch wir haben immer den Standpunkt vertreten, dass bilaterale Kontakte ergiebiger seien als solche zwischen dem Europarat und den Oststaaten. Aber die Frage steht ständig auf der Strassburger Traktandenliste.

Herr Haymerle: Solange sich die Kontakte der Oststaaten im Rahmen der sowjetischen Aussenpolitik bewegen, solange sind sie, von Moskau aus gesehen, "erlaubt"; Kontakte zu Neutralen im Westen fallen unter diese Kategorie.

Herr Spühler: Könnten nicht die Russen auch solche Kontakte schon als zu liberal betrachten?

Herr Waldheim: Wir haben nicht diesen Eindruck, sondern glauben, dass sie sie akzeptieren.

Herr Haymerle: Es scheint fast, dass Moskau die Neutralen im Westen als stabiler, weniger "gefährlich" betrachtet als etwa die Tschechoslowakei.

Herr Waldheim: In Moskau fiel uns auf, wie man immer wieder den stabilisierenden Einfluss Oesterreichs im zentraleuropäischen Raum unterstrich; unsere Neutralität habe sich bewährt, sie habe ein Vakuum im Donaauraum gefüllt. Immer war damit der Appell an uns verbunden, diese richtige Politik fortzusetzen. - Zum ersten Mal haben übrigens die Russen diesmal das EWG-Problem nicht dramatisiert; sie sagten, wir kennten ihre Auffassung in dieser Frage, sie habe sich nicht geändert. Es handelte sich also nicht um ein weiteres Entgegenkommen ihrerseits; Moskau weiss, dass momentan keine Entwicklungen in der dort befürchteten Richtung möglich sind. Aber es war doch erstaunlich, mit welcher Ruhe und Freundlichkeit unsere Haltung zur EWG-Frage aufgenommen wurde.

Herr Spühler: Jedenfalls ist die Neutralität ein Zustand, der von den Russen immer wieder positiv bewertet wird. Für sie stellt Neutralität im Westen ein Element der Dissoziation von westlichen Bündnissen dar. -

Gehen wir nun über zur Frage der geteilten Staaten. Wir neigen dazu, dass sich bei den geteilten Staaten die völkerrechtlichen Argumente pro und contra Anerkennung beider Staatsgebilde letztlich die Waage halten, so dass eine Entscheidung auf der politischen Ebene zu fällen wäre.

Herr Bindschedler: Es ist auszugehen von folgenden feststehenden völkerrechtlichen Regeln:

- a) Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist gleichbedeutend mit Anerkennung des betreffenden Staates;
- b) Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Anerkennung eines Teilstaates können nicht erfolgen während eines Konfliktes, weil es sich sonst um eine unzulässige Einmischung in die innern Angelegenheiten handeln würde (der Konflikt muss beendet sein);
- c) Umgekehrt postuliert aber die Neutralitätspolitik, dass mit allen Staaten, ja sogar mit allen politischen Gemeinschaften, gleichartige Beziehungen zu unterhalten seien. Rechtlich gesehen spitzt sich das ganze Problem darauf zu, wie man die Teilgebilde juristisch definiert: handelt es sich um einen Staat, auf dessen Gebiet sich zwei Regierungen behaupten, wobei jede den Anspruch erhebt, das Ganze zu vertreten (Bürgerkrieg), oder besteht der Gesamtstaat nicht mehr und sind zwei neue Staaten auf dem Gebiete des früheren einheitlichen Staates entstanden? - In jedem einzelnen Fall existiert eine ganze Reihe von Argumenten, Rechts-tatsachen und historischen Derivationen, die für die eine oder die andere These herangezogen werden können. - Rein rechtlich gesehen ist die Lage in Vietnam am zweifelhaftesten; dort halten sich die Argumente für die Bürgerkriegstheorie und für die Theorie der Zweistaatlichkeit die Waage, zudem wird dort noch gekämpft. Im Falle Koreas wird man wohl von zwei Staaten sprechen können. Dasselbe gilt für Deutschland, obschon man das in der BRD nicht gerne hört. - Quintessenz: die Lage ist weder schwarz noch weiss, sondern grau; wir haben es mit einem typischen Beispiel der Verwischung klarer rechtlicher Tatbestände zutun. Da wir aus der Untersuchung keine eindeutigen Resultate ziehen können,

besteht eine gewisse Handlungsfreiheit, die den Weg zu einer politischen Entscheidung öffnet.

Herr Waldheim: Diese Auffassung deckt sich durchaus mit der unsrigen. Wir gehen in dieser Frage konform mit Ihnen vor. Nachdem es sich in erster Linie um ein politisches Problem handelt, stellt sich die Frage des künftigen Vorgehens (wobei ich das deutsche Problem hier ausklammern möchte, weil es so völlig spezifisch gelagert ist). Welches ist Ihrer Meinung nach der Weg der weiteren bilateralen Entwicklung gegenüber Vietnam und Korea? Insbesondere im Falle Vietnams wäre es nützlich, wenn wir unser Verhalten gegenseitig abstimmen könnten.

Herr Spühler: Die Frage einer Anerkennung der DRVN muss auf zwei Ebenen geprüft werden, auf der internationalen und der intern-schweizerischen. Falls eine Anerkennung Hanois seitens eines neutralen Staates der Sache des Friedens förderlich sein könnte, d.h. wenn dadurch die beiden Parteien an einen Tisch gebracht werden könnten, dann wäre das wohl ein Grund, die Frage einer Anerkennung ins Auge zu fassen. Es würde sich dabei um ein Element handeln, das sonst bei der Frage der Anerkennung nicht mitspielt. - Ich gehe davon aus, dass Südvietnam innerlich schwächer ist als Nordvietnam, obschon man einwenden kann, dass letzteres in erster Linie durch den kommunistischen Totalitarismus zusammengehalten wird; aber immerhin existiert dieser Staat nun schon ziemlich lange und hat seine Lebenskraft in den Kämpfen bewiesen. - Persönlich neige ich zur Auffassung, dass wir nicht darum herumkommen werden, früher oder später Hanoi zu anerkennen; wann, ist eine offene Frage. Ich könnte mir vorstellen, dass dies schon ziemlich rasch der Fall wäre, wobei aber einzuschränken ist, dass ein entsprechender Beschluss des Parlamentes zu erfolgen hätte was innenpolitische Vorbereitung und Orientierung der parlamentarischen Kommissionen bedingen würde. - Jedenfalls aber glaube ich, dass wir unsere Neutralität nicht verletzen, wenn wir Hanoi anerkennen; wir würden im Gegenteil die Universalität unserer Beziehungen vergrössern.

Herr Waldheim: Ich danke Ihnen für diese sehr offenen Darlegungen. Das Problem beschäftigt ja in letzter Zeit auch uns sehr; denn ohne eine gewisse flexible Haltung gegenüber Hanoi scheinen die Möglichkeiten guter Dienste doch beschränkt. Wir sind vielleicht sogar einen Schritt hinter Ihnen, weil wir ja keinen "Vertreter des Aussenministeriums" in Hanoi haben. - Ich teile durchaus Ihre Auffassung, dass wir als neutrale Staaten hier unsere Neutralität durch Aufnahme von Beziehungen auch zum Norden erweisen sollten. Aus jugoslawischer Quelle haben wir erfahren, dass Hanoi nach Beilegung des Konfliktes nicht sofort auf eine Wiedervereinigung tendieren wird, sondern vorläufig zwei Staaten zu akzeptieren gewillt ist. (Wie die weitere Entwicklung dann gehen wird, darüber bestehen, angesichts der offensichtlichen Schwäche Südvietsnams, kaum Illusionen, sofern Saigon nicht massiv von aussen gestützt wird.) Wir haben noch keine offiziellen Richtlinien in dieser Frage ausgearbeitet, doch glaube ich mit Ihnen, dass die Aufnahme

- 13 -

von Beziehungen ins Auge gefasst werden muss. - Ich möchte vorschlagen, dass wir in dieser Sache in engem Kontakt bleiben; wir jedenfalls werden Sie unterrichten, wenn wir etwas unternehmen wollen.

Herr Spühler: Dasselbe gilt für uns; in allernächster Zeit allerdings wird bei uns noch nichts entschieden werden.

Herr Haymerle: Für uns ergibt sich dabei das zusätzliche Problem, dass wir auch zu Peking noch keine Beziehungen haben.

Herr Spühler: Wir haben übrigens von Mai Van Bo analoge Erklärungen über die Zukunft der beiden vietnamesischen Staaten erhalten wie Sie aus jugoslawischer Quelle. Natürlich verzichtet Hanoi nicht für alle Zeiten auf eine Wiedervereinigung mit dem Süden.

Herr Haymerle: Welches sind gegenwärtig Ihre Beziehungen zu Südvietnam und Südkorea?

Herr Spühler: In Saigon besitzen wir ein Generalkonsulat aus der Zeit, wo Vietnam noch ein einheitliches Territorium war; Südvietnam haben wir seinerzeit ermächtigt, in Bern eine Botschaft zu eröffnen, doch hat dann Saigon von dieser Ermächtigung erst zu einem Zeitpunkt Gebrauch gemacht, als es uns nicht mehr so recht genehm war. Immerhin ist es heute in Bern durch einen fähigen Mann vertreten. - Wir haben nicht die Absicht, heute den Status quo zu Saigon zu verändern. Diese Frage würde sich allerdings stellen, wenn wir mit Hanoi volle diplomatische Beziehungen knüpfen sollten; dann müssten wir wohl in Saigon gleichziehen. - In Soeul sind wir durch unseren Botschafter in Tokio vertreten.

Herr Waldheim: So auch wir.

Herr Spühler: Vielleicht ergibt sich beim Mittagessen Gelegenheit, über das Problem der DDR einige Worte zu wechseln. Es handelt sich hier um ein derart hochpolitisches Problem, dass wir uns nicht danach drängen, es anders zu lösen als dies heute der Fall ist.

Herr Waldheim: Dieser Auffassung ist auch Wien.

Schluss der Besprechung: 12.45 Uhr

2. Sitzung; Beginn 16.45 Uhr

Herr Spühler unterbreitet eingangs den Entwurf zu einem Pressecommuniqué, der bereinigt und dann zur Verteilung freigegeben wird.

Herr Spühler: Gehen wir nun über zur Besprechung des Integrationsproblems und der Rhodesienfrage. Sie haben ja seinerzeit den Wunsch geäußert, vor der nächsten EFTA-Ministerkonferenz mit uns Kontakt zu pflegen.

Herr Waldheim: Das trifft zu. Wir kommen gerade jetzt von einem interessanten Gespräch mit Herrn Bundesrat Schaffner, wo wir uns gut verstanden haben. Unser "approach" ist ein ganz ähnlicher. Jedenfalls neigen wir zur Ansicht, dass sich die Dinge in Brüssel eher schwierig entwickeln und dass wir an einem gewissen toten Punkt angelangt sind. Die deutschen Vorschläge stossen immer mehr auf Schwierigkeiten, und die Uneinigkeit unter den EWG-Staaten wird in absehbarer Zeit kaum Fortschritte in Richtung einer Zulassung neuer Mitglieder ermöglichen. Andererseits haben wir doch den Eindruck, dass unabhängig vom Verlauf der Dinge in Brüssel versucht werden sollte, auf Teilsektoren der Wirtschaft durch rein pragmatische Abmachungen mit der EWG gewisse Erleichterungen zu suchen, vor allem für die am schwersten von der EWG diskriminierten Zweige der Wirtschaft. Für die Landwirtschaft ist das natürlich äusserst schwierig, aber gerade sie leidet in besonderem Masse (z.B. der Viehexport). - Ich habe Herrn Schaffner vorhin die Lage geschildert, wie sie sich gegenwärtig in Wien darbietet, und ich möchte meine Ausführungen hier wiederholen.

Ich glaube ruhig sagen zu können, dass sich seit der Regierungsumbildung bei uns eine gewisse Klärung in unserer Auffassung vollzogen hat; die Idee der grossen Lösung gehört nicht mehr in unsere Konzeption, da sie momentan doch kaum durchzusetzen wäre. Zwar glauben wir, dass an diesem Ziel prinzipiell festgehalten werden sollte, aber im Moment dürfte es wichtiger sein, auf pragmatischem Wege Erleichterungen für die am schwersten betroffenen Wirtschaftszweige zu suchen. Wir haben vorerst noch keine konkreten Schritte unternommen, weil wir vorerst einmal die Argumente aus Brüssel gegenüber unserer jüngsten "Interessensbekundung" hören wollten; wir haben dabei lediglich darauf hingewiesen, dass unser Gesuch schon längere Zeit pendent ist als die vier, die nun behandelt werden, und dass uns eigentlich eine gewisse Priorität zukomme. Wir unternahmen diesen Schritt bei den sechs Ländern und bei der Kommission. Seither stehen wir wohl in engem Kontakt mit den sechs Regierungen, haben aber keine weiteren Vorstösse mehr unternommen, weil wir zunächst die Ergebnisse der Verhandlungen in Brüssel abwarten wollten. Beiderseits herrscht die Auffassung, dass der Weg lang sein wird und dass mit einer Blockierung der Verhandlungen

gerechnet werden muss. Es zeigt sich heute, dass die Schwierigkeiten viel grösser sind als seinerzeit angenommen wurde, als die deutschen Vorschläge vorbereitet wurden. Unter diesen Umständen müssen wir uns entscheiden, ob wir noch weiter abwarten wollen, wie sich die Verhandlungen in Brüssel mit den vier Staaten, insbesondere Grossbritannien, entwickeln, oder ob wir schon jetzt mit pragmatischen Vorschlägen im oben beschriebenen Sinne hervortreten und entsprechende Schritte unternehmen sollen. Wir konnten feststellen, dass sich unsere Auffassungen weitgehend mit jenen von Herrn Schaffner decken; auch er ist der Ansicht, dass solche pragmatische Lösungen am ehesten Erfolgsaussichten haben.

Herr Spühler: In der Tat fragen auch wir uns, wann wir solche pragmatische Lösungen vorschlagen sollen. Es dürfte dies tatsächlich der einzige gegenwärtig gangbare Weg sein. Die interne Prüfung, wie solche Einzellösungen denkbar wären, ist noch nicht abgeschlossen. - Ich sehe keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation und bin überzeugt, dass der deutsch-französische Vorschlag blockiert ist.

Herr Jolles: Eine eigentliche Erweiterung der EWG scheint heute unmöglich. Der französisch-deutsche Vorschlag bezieht sich auf handelspolitische Lösungen, die multilateral durchzuspielen wären. Der ungeschickte Bericht der EWG-Kommission sowie der mangelnde politische Wille Frankreichs und der BRD nötigen mich zur Ueberzeugung, dass auch dieser Vorschlag heute als blockiert anzusehen ist. Das liegt wohl weniger an eigentlicher Bösgläubigkeit der Franzosen als am ungeschickten Vorgehen der Deutschen, die von den Franzosen vorgeschickt worden sind und dann von den Engländern brüskiert wurden. Wir hatten den Eindruck, dass die Franzosen bereit gewesen wären, eine Konzession zu machen, um eine eigentliche Erweiterung zu vermeiden; aber sie wollten dies eben als Konzession, nicht als Promotion verstanden wissen. Nachdem nun die ganze Konzeption wieder umgekrempelt wurde, krebren die Franzosen wieder zurück und wollen nicht mehr mitmachen; wir stehen gewissermassen vor einem toten Gleichgewicht der divergierenden Interessen. Nun stellt sich die Frage, ob wir in London an der EFTA-Konferenz multilateral etwas unternehmen sollen. Ohne die Ansicht von Herrn Schaffner präjudizieren zu wollen, herrscht bei uns auf Beamtenebene die Ueberzeugung, dass in dieser Hinsicht etwas im Communiqué stehen muss, z.B. dass man grundsätzlich an der grossen Lösung festhält, aber auch an Zwischenlösungen interessiert sei. Die Frage ist allerdings, ob die Engländer einem solchen Vorschlag zustimmen werden, aber es sollte jedenfalls versucht werden. - Bleibt die Möglichkeit pragmatischer bilateraler Lösungen. Ein innerer Zusammenhang zwischen einer multilateralen und den bilateralen pragmatischen Lösungen besteht insofern, als man uns in Brüssel auf bilaterale Vorstösse entgegenhalten wird, es müsse zuerst die multilaterale Möglichkeit voll ausgeschöpft und diskutiert werden. Deshalb dürfte der bilaterale "approach" erst gangbar werden, wenn sich der multilaterale endgültig als unmöglich erwiesen hat. - Wie

der bilaterale Weg allenfalls aussehen könnte, darüber beraten wir seit langem. Wir sehen vor allem drei Gebiete: Industrie-sektor (Zollpolitik); Landwirtschaft; übrige Bereiche (Fremden-verkehr etc.).

Auf dem Gebiete der Zölle fragen wir uns, ob nicht einfach im Anschluss an die Kennedy-Runde, als nachträgliche Bereinigung, hier etwas gemacht werden könnte; Rey erwiderte uns, für die Kennedy-Runde habe er einen politischen Auftrag der Sechs gehabt, weshalb er dort konstruktiv vorgehen konnte; jetzt habe er keinen Auftrag mehr. Ob diese Schwierigkeit überwunden werden kann, wird sich zeigen müssen. Es müsste sich natürlich um Lösungen auf der Basis der Meistbegünstigung handeln, und da hätte man sich zuerst gegenüber dem GATT abzusichern. - Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind wir schon heute in Verhandlungen mit der EWG, wegen der Abschöpfungen und Restitutions-Regelungen; wir wissen nicht, ob wir zu einem Resultat gelangen, aber die Aussichten scheinen nicht schlecht. Wir argumentieren, dass ja nun Brüssel die gemeinsame Landwirtschaftspolitik handhabe und dass wir schliesslich irgendwo einen Gesprächspartner haben müssten, es könne kein Vakuum entstehen. - Was die übrigen Bereiche betrifft, stösst man immer auf den Einwand, diese Fragen müssten zuerst von den Sechs beraten werden.

Herr Spühler: Ich glaube in der Tat, dass eine Interessenerklärung für Zwischenlösungen an der Ministerkonferenz erfolgen sollte. Wenn eine solche Erklärung von der Gesamtkonferenz ausgeht, würde das für die Briten nicht im selben Masse einen Gesichtsverlust bedeuten.

Herr Waldheim: Auch ich bin dieser Auffassung. Die Frage sollte an der EFTA-Konferenz eingehend besprochen werden, und die Anregungen von Herrn Jolles, dass wir grundsätzlich an der grossen Lösung festhalten, aber gleichzeitig unser Interesse für Zwischenlösungen bekunden, scheinen mir sehr zweckmässig. Wir könnten uns bis zum Beginn der Konferenz weiterhin auf diplomatischer Ebene konsultieren und uns gegenseitig unterstützen. Falls Sie zum Schluss kommen, dass eine solche Erklärung erfolgen sollte, können Sie jedenfalls auf unsere Unterstützung rechnen.

Herr Spühler: Die EFTA würde ja zum ersten Male eine solche Erklärung abgeben; bisher bekundete sie immer nur Interesse an der prinzipiellen Lösung, noch nie aber an solchen Zwischenlösungen.

Herr Jolles: Man hatte immerhin die seinerzeit in Wien vorgebrachte "Brückenschlags-Initiative". - Natürlich müsste klar gemacht werden, was man mit "Zwischenlösungen" meint.

Herr Haymerle: Man würde damit sowohl die EFTA-Mitglieder wie auch die EWG psychologisch auf diese Möglichkeit vorbereiten.

Herr Jolles: Es könnte dies die Kräfte innerhalb der EWG, die in dieser Richtung vorstossen, ein wenig ermutigen.

- 17 -

Herr Waldheim: Wir sollten uns gleich jetzt darüber einigen, wann unsere Experten nach der EFTA-Konferenz wieder zusammenkommen, um über deren Ergebnisse zu beraten und um allfällige Schritte abzustimmen.

Herr Spühler: Diese nächsten Kontakte würden in der Schweiz stattfinden.

Herr Jolles: Wir könnten vorläufig einen Termin vor den Sommerferien in Aussicht nehmen, etwa im Juni; das konkrete Datum wäre später zu vereinbaren. - Noch eine Frage: Sie erwähnten eine österreichische Demarche bei den sechs Regierungen. Welches war die Reaktion? - Auch wir haben ja eine Demarche unternommen, in Richtung auf die sofortige Teilnahme an handelspolitischen Arrangements; die Reaktion war sehr positiv in Paris, recht positiv in Brüssel und Bonn, dagegen eher negativ im Haag und auch in Rom, und zwar mit der Begründung, nicht-institutionalisierte Arrangements mit Drittstaaten wolle man ja gerade vermeiden; natürlich war auch diese negative Reaktion durchaus freundschaftlich, und man präziserte, man würde auf diesen Vorbehalt und unsere Demarche zurückkommen, falls die in der Doktrin Roms und Den Haags angestrebte politische Einigung in der EWG nicht zustandekommen sollte.

Herr Waldheim: Unsere Demarche lautete etwas anders als die Ihre: Wir haben uns lediglich in Erinnerung gerufen und darauf hingewiesen, dass wir schon seit 1961 warteten und dass wir beunruhigt seien über die den vier neuen Kandidaten eingeräumte Priorität; wir hofften, dass auch wir berücksichtigt würden. Wir haben nicht konkret präzisiert, dass wir handelspolitische Erleichterungen anstreben (es hätte dazu eines Beschlusses des Ministerrates bedurft, der erst später zusammentrat). Die Reaktion auf diese Demarche war durchaus freundlich; mit Ausnahme Italiens hat man allgemein darauf verwiesen, dass nicht die Absicht bestehe, die Anwartschaft Oesterreichs in Vergessenheit geraten zu lassen, dass aber zweckmässigerweise vorerst das Schicksal der deutschen Vorschläge abgewartet werden sollte. Konkretere Resultate hatten wir auch gar nicht erwartet. - Italien hat lakonisch auf seinen bekannten Standpunkt verwiesen und praktisch sein Veto bestätigt. - Ich möchte hier, zu Ihrer Information, erwähnen, dass Rom nicht sagt, es werde das Veto erst aufheben, wenn die Südtirolfrage geregelt sei, sondern, wenn Gewähr bestehe, dass wir durch neue Strafgesetze den Terrorismus über die österreichische Grenze verhindern. Nun können wir natürlich unsere Gesetze nicht bloss im Hinblick auf Italien ändern, sondern sie gelten ja generell; und von einer Verschärfung, wie sie Rom wünscht, würde ja ein Flüchtling aus der Tschechoslowakei in gleichem Masse betroffen wie einer aus dem Südtirol, und das würde die österreichische Oeffentlichkeit nicht akzeptieren. - Im übrigen besteht eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen unseren und den italienischen Sicherheitsorganen, und tatsächlich ist ja auch der Terror praktisch zum Erliegen gekommen. - Wir hoffen trotzdem, dass wir bei allfälligen handelspolitischen pragmatischen Arrangements auch auf die Zustimmung Roms rechnen können, und vor

allen, dass es nach den italienischen Wahlen zu einer bilateralen Regelung kommt. Das "Paket" ist ja von beiden Seiten angenommen worden, es geht nur noch um die Absicherung bzw. die Frage der Garantie. Auch hier wäre bei nüchterner Betrachtung eine Lösung möglich, und dann würde sich ja die Frage des Terrorismus anders darstellen.

Herr Spühler: Es ist bedauerlich, dass es bisher zu keiner Einigung kam, nicht zuletzt im Hinblick auf die Probleme der Integration. Gerade deshalb scheint es mir wichtig, versuchsweise den vorher besprochenen Weg zu beschreiten.

Nun noch zu Rhodesien und zum neuen afro-asiatischen Resolutionsentwurf, der auf Gewaltanwendung beruht. Die Engländer ihrerseits flüchten sich ebenfalls nach vorne und erschweren damit den andern Ländern die Sache sehr. Es ist anzunehmen, dass der britische Gegenentwurf angenommen wird; es könnte höchstens sein, dass die Afroasiaten auf der Gewaltanwendung beharren.

Herr Thalmann: Wahrscheinlich dürfte es zu einem Kompromiss zwischen den beiden Entwürfen kommen, wobei die Afroasiaten danach trachten werden, die englische Resolution noch zu verschärfen.

Herr Waldheim: Wir werden ja in den UN nicht zum ersten Mal mit dieser Frage konfrontiert: Das letzte Mal mussten wir Farbe bekennen, und wir taten es in einer Form, die zwar die Sanktionen akzeptierte, aber auch unserem Neutralitätsstatus Rechnung trug. Wir schrieben an U Thant, dass wir die Sanktionen akzeptierten, stellten aber ausdrücklich fest, dass sich daraus kein Präjudiz für unsere grundsätzliche Haltung als neutraler Staat ergeben könne. Wir haben m.a.W. die Frage der Vereinbarkeit von Sanktionen mit der Neutralität einfach ausgeklammert. - Unsere Antwort wurde sehr positiv aufgenommen und unser Vorbehalt verstanden. Andererseits haben wir uns damit die Hand für die Zukunft freigehalten, jeweils nur Sanktionen zu akzeptieren, die uns nach unserer Ansicht nicht in Konflikt mit der Neutralität bringen können. - Auch wir sehen im scharfen britischen Entwurf eine Flucht nach vorne, um den Afroasiaten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir glauben ebenfalls, dass der britische Text angenommen werden wird, sofern die Afroasiaten auf die Gewaltanwendung und auf Massnahmen gegen Portugal und Südafrika verzichten. - Wir sind dabei, diese Aspekte zu studieren; ohne einer endgültigen Stellungnahme vorzugreifen, möchte ich grundsätzlich sagen, dass wir uns ernsthaft mit der Möglichkeit befassen, für den britischen Entwurf zu stimmen, wobei wir natürlich wieder einen entsprechenden Neutralitätsvorbehalt anbringen würden.

Herr Haymerle: Es gibt eine ganze Reihe von Klauseln in der Resolution, die uns ins verfassungsrechtliche Schwierigkeiten bringen müssten, falls sie durchgehen (z.B. das Verbot von Tourismus nach Rhodesien, etc.); aber vor identischen Schwierigkeiten stehen ja auch andere Länder.

Herr Waldheim: In solchen Fällen bringen wir einfach entsprechende Vorbehalte in unserer Antwort an. - Wie unsere Erfahrung gezeigt hat, war unser Weg - grundsätzlich positive Haltung mit entsprechenden Vorbehalten - der bessere als eine grundsätzliche Ablehnung verbunden mit gewissen autonomen Massnahmen. Für Sie, als Nichtmitglied, ist das natürlich etwas anders.

Herr Spühler: Wir haben gerade diesen andern Weg beschritten. - Eine Zeitlang hatten wir gewisse Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der statistischen Erfassung des Courant normal, dessen Stand schon nach wenigen Monaten erreicht war, was auf höhere Jahreswerte hinzuweisen schien; das hat sich dann aber wieder korrigiert. - Sehr viel, vor allem Tabak und Fleisch, wurde bei uns auf Zollfreilager eingeführt.

Herr Waldheim: Wir hatten grosse Schwierigkeiten mit der Tabakindustrie, die unbedingt rhodesischen Tabak verlangte, weil er preislich und qualitativ der beste sei; sie schlug gewisse "Umwege" vor, gegen die wir unser Veto einlegen mussten.

Herr Spühler: Auch wir sind natürlich dem Druck der Importeure ausgesetzt, die zum Teil sehr stark und nicht selten gerade mit britischen Firmen verbunden sind; auf der andern Seite kommt dazu der Druck der Afroasiaten. - Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir heute einen andern Standpunkt einnehmen als bisher; wir werden uns wieder nach dem "Courant normal" richten. Auf dem Gebiet des Tourismus können wir, wie Sie, aus verfassungsrechtlichen Gründen nichts unternehmen. - Das ist meine persönliche Auffassung, aber der Bundesrat wird sicher ebenso entscheiden.

Herr Micheli: Man kann ja zwar Einfuhr und Ausfuhr im Handel mit Rhodesien verbieten; aber wie könnten finanzielle Transaktionen unterbunden werden?

Herr Waldheim: Das prüfen wir gegenwärtig, doch sind wir sehr skeptisch, ob es sich durchführen lässt.

Herr Haymerle: Finanzielle Transaktionen mit Rhodesien fallen bei uns praktisch nicht ins Gewicht.

Herr Jolles: Es stellt sich hier eine Reihe von Fragen. Auf dem Warensektor ist eine Beschränkung auf den "Courant normal" relativ einfach. Schon schwieriger ist eine Kontrolle des Transitverkehrs. Auf dem Dienstleistungs- und Finanzsektor wäre geradezu die Einführung einer Devisenkontrolle nötig.

Herr Waldheim: All das ist auf die bekannte Tatsache zurückzuführen, dass die Afrikaner ja eigentlich eine Demokratie in unserem Sinne, und auch die entsprechenden Freiheiten, nicht kennen. Die afrikanischen Staaten sind meist totalitär, und ihnen erscheinen solche Kontrollen sehr einfach. Es hält in den UN jeweils schwer, den Afrikanern begreiflich zu machen, dass unsere Vorbehalte nicht

auf schlechten Willen, sondern auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zurückzuführen sind.

Herr Spühler: Wir werden sehen, wie wir uns mit diesem Problem auseinandersetzen. Es ist ein unangenehmes Problem, aber das ist kein Grund, ihm auszuweichen.

Herr Waldheim: Nachstehend noch eine kurze Pro-memoria-Liste bilateraler Fragen, wo unserer Ansicht nach eine Weiterführung der engen Zusammenarbeit wertvoll wäre (die Liste geht zurück auf die anlässlich der Gespräche mit meinem Vorgänger Toncic vorgeschlagene):

- Kontakte zwischen leitenden Beamten der politischen Abteilung;
- Entwicklungshilfe;
- Zusammenarbeit unserer diplomatischen Akademie mit dem Institut de Hautes Etudes Internationales;
- Kulturelle Kontakte;
- Parlamentarierkontakte;
- Industrielle Kooperation.

Herr Spühler: Auf diesem letzten Gebiet müssen die Initiativen natürlich von der Wirtschaft her kommen.

Herr Bielka: Soviel mir bekannt ist, hat kürzlich ein Gespräch zwischen dem Vizepräsidenten unserer Handelskammer und dem Direktor des Vorortes betreffend Fragen einer industriellen Zusammenarbeit stattgefunden; solche Bestrebungen könnte man ermutigen.

Herr Jolles: Diese Kontakte sind uns bekannt, sie wurden von uns ausdrücklich empfohlen. Wir sind beim Vorort auf eine gewisse Zurückhaltung gestossen, weil unsere Industrie nicht genau weiss, welchen Kurs Wien in der Integrationspolitik steuert, und weil Ihre Industrie anders strukturiert ist als unsere.

Herr Spühler: Immerhin zeigt sich somit, dass wir diesem Postulat positiv gegenüberstehen und es auch in Zukunft tun werden.

Herr Waldheim: Dafür danken wir Ihnen.
Dann, als letzten Punkt der Pro-memoria-Liste:

- Atomsektor, wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Wir würden es begrüßen, ähnliche Abkommen, wie wir sie z.B. mit Frankreich haben, auch mit der Schweiz schliessen zu können.

Herr Spühler: Das halten wir für durchaus möglich. Wir werden unseren Delegierten für Atomenergie orientieren und ihn um Stellungnahme bitten.
Unsererseits beschäftigt uns auf bilateralem Sektor das Bodensee-problem.

Herr Bindschedler: Dies sei mehr zur Vervollständigung des Bildes aufgeführt. Der Bodensee ist eines der wenigen Gewässer, wo die Grenze nicht durch Staatsvertrag geregelt ist; seit alters her herrschen darüber diametral entgegengesetzte Ansichten. Wir haben uns stets hinter den Grundsatz der Realteilung gestellt, während Oesterreich (und früher auch die BRD) die Kondominiumstheorie verfechten. Diese Differenz sollte man am besten schlafen lassen, aber leider wird sie in letzter Zeit, im Zusammenhang mit einer Neuformulierung der Hoheitsrechte (betr. die ~~Haft~~^{Mar}polizei), aufgerührt. Es wurde ein Vorschlag ausgearbeitet, der nahe an die Kondominiumstheorie kommt und mit dem wir uns nicht einverstanden erklären können. Wir befinden uns hier in einer Sackgasse, und eine Einigung scheint nicht möglich.

Herr Waldheim: Dieses Problem ist mir nicht gegenwärtig, ich werde es aber in Wien zuständigenorts zur Sprache bringen und versuchen, eine einvernehmliche Lösung anzustreben.

Herr Miesch: Dann wäre da noch das Problem des Fürsorgeabkommens, das österreichischerseits nie ratifiziert worden ist. Anlässlich des letzten Besuches von Herrn Botschafter Haymerle wurde uns von Ihnen eine Antwort dazu in Aussicht gestellt.

Herr Haymerle: Wir haben die Sache in Wien weitergeleitet, und man versprach uns eine Stellungnahme, die mir aber noch nicht vorliegt.

Herr Bielka: Es traf eben ein internes Papier in dieser Sache ein, nach welchem eine Ratifikation in Oesterreich aus verfassungsrechtlichen Gründen unmöglich ist. Die Situation habe sich seit der Unterzeichnung grundsätzlich geändert, und der Text stehe im Widerspruch zum europäischen Fürsorgeabkommen, dem ja auch die Schweiz beigetreten ist (Kostenfolge für den Aufenthaltsstaat, nicht für den Heimatstaat, wie das schweizerische Abkommen dies vorsieht). Oesterreich wäre jederzeit bereit, die Grundsätze dieses europäischen Fürsorgeabkommens als Grundlage für ein neues Abkommen mit der Schweiz anzunehmen.

Herr Miesch: Es wäre gut, wenn Sie uns diese Stellungnahme noch schriftlich unterbreiten würden, damit wir unsere zuständigen Stellen entsprechend informieren können.

Herr Waldheim: Schliesslich beschäftigt uns noch das Problem der Anerkennung der Grenzen Kambodschas, wo wir schon einmal miteinander Fühlung aufgenommen haben. Wir waren da bisher eher reserviert, wie auch die Schweden. Es fragt sich, wie weit ein neutraler Staat eine solche Anerkennung aussprechen kann. Die Schweden haben nun eine Erklärung ausgearbeitet, die sie abgeben werden, wenn es nicht mehr anders möglich ist. Sie unterbreiteten uns einen Entwurf zu diesem Text. Auch wir haben uns einen solchen Text überlegt. Angesichts der knappen Zeit könnte eventuell Herr Botschafter Bielka das Problem später mit Ihnen

Herren behandeln. Wir wären heute an sich nicht mehr gegen eine solche Erklärung, zögern aber wegen der gegenwärtigen Situation in Südostasien.

Herr Spühler: Eine solche Erklärung würde unserem Standpunkt widersprechen, dass wir grundsätzlich einen Staat, nicht aber sein Territorium anerkennen.

Herr Micheli: Gegenwärtig scheint die Notwendigkeit einer solchen Erklärung nicht zwingend; Botschafter Revillod weilte kürzlich wieder in Phnom Penh und hat lange mit Prinz Sihanuk gesprochen, ohne dass dieser auf diese Frage zurückkam. Mir scheint, wir können die Sache auf sich beruhen lassen.

Herr Haymerle: Wir dachten eher an einen "Eventualtext" für den Fall, dass er wieder darauf zurückkommt. Unser Entwurf ist so harmlos, dass er ohne weiteres von allen Staaten akzeptiert werden könnte. Unser Botschafter würde diesen Text einfach "für alle Fälle" in der Tasche tragen.

Herr Micheli: Sihanuk rückte mit diesem Ansinnen vor über einem Jahr heraus, seither hat er nicht mehr davon gesprochen.

Herr Bindschedler: Er könnte natürlich ohne weiteres wieder darauf zurückkommen; aber es gibt ein anderes Argument gegen eine solche Erklärung: wir anerkennen einen Staat, nicht aber seinen Gebietsstand. Abgesehen davon sind die Grenzen Kambodschas zu Thailand und Südvietnam nicht unbestritten (gerade deshalb hat ja Sihanuk dieses Begehren gestellt). Eine Anerkennung der Grenzen würde eine Parteinahme in diesen Grenzstreitigkeiten zugunsten des einen Staates darstellen, und das läuft unserer Neutralitätspolitik zuwider.

Herr Waldheim: Vielleicht könnte diese Frage anlässlich des Nachtessens zwischen den Herren Micheli und Haymerle noch weiter erörtert werden.

Herr Thalmann: Dasselbe gilt für die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Herr Spühler: Damit schliessen wir die Gespräche, die sehr freundschaftlich und herzlich waren und vieles geklärt haben. Wir konnten in vielen Fragen Uebereinstimmung feststellen, und das erfüllt uns mit Genugtuung.

Herr Waldheim: Wir danken unsererseits für die freundliche Aufnahme, die wir gefunden haben. Der Gedankenaustausch war sehr nützlich, und ich bin Ihnen dankbar, dass auch Sie, wie wir, diese Kontakte weiterzupflegen wünschen.

Schluss: 18.45 Uhr